

Anti-Feminismus stoppen!

Für frauenfeindliche Positionen und Stereotype bei der Diskriminierung von Minderheiten zeigt sich rechte Ideologie besonders offen

Dass Feminismus und Feminist_innen angegriffen werden, ist nichts Neues. Neu ist jedoch, dass die nicht nur verbalen Attacken im Kontext einer (neu)rechten Ideologie zu verorten sind. Antifeminismus richtet sich als „(zumeist organisierter) Widerstand [...] gegen Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit und/oder gegen Frauenbewegungen, Feminismus und/oder vielfältige Lebens- und Lebensformen“, so Judith Rahner. Antifeminismus ist damit im Kern antidemokratisch und richtet sich gegen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. Antifeministische Argumentationen sind nicht nur bei AfD-Angehörigen/Nazis, sondern bis weit in die Mitte der Gesellschaft zu finden. Der Transfer antifeministisch-antidemokratischer Gesinnungen funktioniert über den Anschluss an gängige Klischees und Vorurteile – dass bspw. Feministinnen kinder- und männerfeindlich seien und daher die Schuld am demografischen Wandel trügen.

Gender als Aufhänger für rechte Narrative

Ein zentrales Angriffsziel von Antifeminist_innen ist der Begriff Gender. Gender (engl./am.) meint das soziale Geschlecht einer Person, Genderforschung befasst sich mit der Frage, wie soziale Geschlechterunterschiede und Geschlechterungleichheiten hergestellt werden: in der Sprache, in Interaktionen, in Gesetzen, in Kultur, Wirtschaft, Politik oder auch in Gewerkschaften. In der antifeministischen Ideologie fungiert Gender als Aufhänger

für die Emotionalisierung und Polarisierung von Debatten. Schlagwörter wie „Genderwahn“ und „Genderideologie“ leiten rechtsextreme Narrative ein, in denen demokratische Bestrebungen in ihr Gegenteil verkehrt werden. So wird behauptet,

- Antidiskriminierungsmaßnahmen zum Schutz von Frauen oder Minderheiten würden ‚die Mehrheit diskriminieren‘,
- die Anerkennung vielfältiger Lebensweisen sei ein ‚Zwang zur Umerziehung‘,
- die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit bedeute die ‚Verweiblichung und Erniedrigung des Mannes‘,
- die Einführung geschlechtergerechter Sprache sei eine ‚Vergewaltigung‘ der deutschen Sprache,
- Gender zerstöre ‚richtige‘ Frauen und Männer und die Familie,
- Gender beschädige das Kindeswohl und führe zu ‚Frühsexualisierung‘.

Der Antifeminismus, so Judith Rahner, ist gemeinsamer Nenner verschiedener reaktionärer/rechter Organisationen/Bewegungen und eröffnet den Einstieg in die extreme Rechte.

Antifeministische Akteur_innen

Die Agent_innen des Antifeminismus sind in allen Bereichen der Gesellschaft zu finden. Auch Frauen finden sich in ihren Reihen. Sie finden Anschluss an die rechte Szene über die Mütterideologie, über eine rassistische Abwertung von Nicht-Weiß-Deutschen (Frauen und Männern) sowie über die Ethnisierung sexualisierter Gewalt.

Antifeminist_innen melden sich in allen Medien zu Wort: Sie verbreiten Frauenhass in sozialen Medien, greifen Gleichstellungsbeauftragte an, stellen Anträge zum Verbot geschlechtergerechter Sprache in Parlamenten, überziehen Ärzt_innen, die über Abtreibung aufklären, mit Strafanzeigen, treten als sog. Männer- oder Väterrechtsvertreter auf oder fordern als Christ_innen die Wiederherstellung ‚der natürlichen, gottgewollten Ordnung‘. Judith Rahner zeigt auf, dass antifeministische Akteur_innen gezielt und systematisch auf verschiedenen Ebenen gegen die demokratische Zivilgesellschaft vorgehen:

1. Gegen einzelne Personen, z.B. durch persönlich-sexistische Beleidigungen bis hin zu Drohungen und körperlichen Angriffe.
2. Gegen Vereine und Organisationen, z.B. durch Ausspähung, Einforderung von Einsichtnahme in Protokolle und Finanzen, Infragestellung der Gemeinnützigkeit, Forderung nach Überprüfung.
3. Gegen demokratische Institutionen z.B. durch Stören parlamentarischer Ordnungen, Überschreiten von Grenzen des Sagbaren und darüber Aushöhung eines demokratischen Sprach- und Redeverständnisses.

Gegenstrategien

Die verbal gewalttätigen Strategien der Antifeminist_innen, die auch vor körperlichen Angriffen nicht zurückschrecken, setzen auf Isolation der Opfer und Spaltung der Gesellschaft. Daher ist der erste und wichtigste Schritt der Zusammenschluss

demokratischer Personen und Organisationen und die Solidarisierung mit Betroffenen antifeministischer, rechter Gewalt. Für die oben aufgezeigten, verschiedenen Ebenen der Angriffe müssen jeweils passende Gegenstrategien entwickelt werden:

1. Um betroffene Einzelpersonen antifeministischer Gewalt besser zu schützen und zu unterstützen, müssen Anlauf- und Beratungsstellen ausgebaut, Polizei und Justiz sensibilisiert und geschult werden; Nachbarn, Freund_innen, Bekannte der Betroffenen können sich solidarisieren, zivilcouragiertes Handeln einüben und ihr jeweiliges Umfeld motivieren, aufmerksam zu sein und Stellung zu beziehen.

2. Betroffene Vereine und Organisationen sollten Angriffe dokumentieren und ggfs. veröffentlichen bzw. zur Anzeige bringen; sie sollten den Austausch und Zusammenschluss mit anderen betroffenen Vereinen und Organisationen suchen, um gemeinsam aktiv zu werden und z.B. Schulungen anzubieten; nicht zuletzt sollten sie das eigene Demokratieverständnis schärfen, z.B. Partizipationspraktiken überdenken und weiterentwickeln sowie die eigene Organisationskultur im Hinblick auf Machtpraktiken reflektieren.

3. Demokratische Institutionen sollten ihre Geschäftsordnungen im Hinblick auf antifeministische und demokratiefeindliche Angriffe verstärken und bspw. Grenzen des Sagbaren sowie das Reden zur Sache als Grundlage des Meinungsaustausches festlegen; einer Leugnung der nach wie vor existierenden, empirisch belegten Benachteiligung von Frauen und der Infragestellung von Gleichstellungsarbeit muss aktiv entgegengetreten werden.

Jede_r Einzelne kann aktiv werden: Auf Veranstaltungen, in den Medien und im beruflichen und persönlichen Umfeld gilt es, Stellung zu beziehen und einer Normalisierung von

Frauen- bzw. Menschenfeindlichkeit entgegen- und für eine demokratische Streitkultur einzutreten. Wichtig ist, den Fokus auf eigene Themen zu legen und für sie zu werben: Wie können Care, Arbeit und Entlohnung geschlechtergerecht(er) verteilt werden? Wie sieht eine geschlechterdemokratische Zeit-, Raum-, Digital- und Mobilitätspolitik aus? Demokratischen Ge-

werkschaften kommt hier eine zentrale Aufgabe zu, die Zukunft mitzugestalten. Die GEW als Bildungsgewerkschaft darf nicht nachlassen in ihrem Einsatz für die Umsetzung von Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit – von der Kita bis zu den Hochschulen.

BARBARA SCHOLAND
AfGG

EINLADUNG

Der „Ausschuss für Gleichstellungs- und Genderpolitik“ (AfGG) der GEW Hamburg lädt ein zu einer Filmveranstaltung während der Programmwoche des „Hamburger Frauenbündnisses“ 8. März.

**Donnerstag, 3. März 2022, 19.30 Uhr, im ABATON,
Oberes Kino (nicht barrierefrei)**

„Die Unbeugsamen“ (Deutschland 2020, 104 Min.). Der Film erzählt dokumentarisch die Geschichte der ersten Politikerinnen im Deutschen Bundestag, die sich engagiert und aufrecht insbesondere für die Erreichung gleichstellungspolitischer Ziele eingesetzt haben.

Für die Teilnahme entstehen keine Kosten. Es gilt voraussichtlich 2 G mit Nachweisen.

Anmeldung erforderlich online unter <https://www.gew-hamburg.de/termine/film/2022-03-03/die-unbeugsamen>

